Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Xi Jinping leitet Dreiertreffen mit Putin und Trump in Shenzhen
2. Fast jeder zweite Deutsche will Ukraine-Hilfen kürzen oder ganz einstellen
3. Russland gegen Sicherheitsgarantien nach NATO-Art für Ukraine
4. Einladung nach Moskau: Merz pfeift Pistorius zurück
5. Washington zieht sich zurück, Brüssel rüstet auf: Warum der Griff nach der Weltmachtrolle ein fataler Irrweg ist. Interview mit Andrea Komlosy. Teil 1
6. Die Botschaft hört das Kapital wohl
7. Für Russland gegen die deutsche Wehrpflicht
8. Großstreik gegen Regierung in Italien
9. Annäherung von Briten und EU: Zwist bei Gebühren fürs Studieren, einig beim Käse
10. Klimakonferenz in Antalya gescheitert: Was sollen diese Events?
11. Annalena Baerbock wird Beraterin bei FGS Global – die Firma macht Lobbyarbeit für Panzerbauer KNDS
12. Institut für Weltwirtschaft in Kiel – oder wie man die Welt auf den Kopf stellt
13. Konsequent inkonsequent
14. Wie Armut in Deutschland krank macht
15. DGB Index Gute Arbeit Klimawandel am Arbeitsplatz: Viele Beschäftigte fühlen sich nicht ausreichend geschützt
16. Gegen Russland und die AfD: Arbeitspapier bringt Lehrer und Schüler in Frontstellung
17. Die Rückkehr der Geheimpolizei
18. EU-Datenschutzbehörde warnt vor Alterskontrollen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich*

für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Xi Jinping leitet Dreiertreffen mit Putin und Trump in Shenzhen**
   Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat am Donnerstag in Shenzhen ein Dreiertreffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump geleitet. Die drei Staatsoberhäupter führten eingehende Gespräche unter dem Motto „Weltfrieden bewahren und strategische Stabilität in den Beziehungen zwischen Großmächten fördern“. […]
   Xi Jinping fasste zuletzt die wichtigsten Übereinkünfte des Dreiertreffens zusammen. Xi erklärte, das Dreiertreffen zwischen China, Russland und den USA sei positiv, konstruktiv und ergebnisreich gewesen. Die drei Länder teilten gemeinsame Auffassungen über die Wahrung des Weltfriedens. Alle drei erinnerten sich an die Geschichte ihres gemeinsamen Kampfes im Zweiten Weltkrieg und hätten betont, wie wichtig es sei, den mühsam errungenen Frieden zu bewahren. Einigkeit bestehe auch darüber, dass Großmächte die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Länder ernst nehmen müssten. Dialog und Verhandlungen seien nach gemeinsamer Auffassung der richtige Weg, um Meinungsverschiedenheiten beizulegen.
   Quelle: CRI online

   Anmerkung Christian Reimann: *Die gemeinsame Erklärung kann auch in diesem Beitrag zusammenfassend nachgelesen werden. Einige unverbindliche Absichten sind der gemeinsame Nenner, auf den sich alle drei Staatschefs einigen konnten. Im Grunde genommen sind das zumindest teilweise Selbstverständlichkeiten – wie z.B. die Erkenntnis, dass kein Atomkrieg zu gewinnen sei und deshalb nicht geführt werden dürfe. Ob US-Präsident Trump wirklich Streitigkeiten mit politischen und diplomatischen Mitteln belegen möchte, wird sich in naher Zukunft im Krieg mit Iran zeigen.*

   dazu: **Ein Wirtschaftsgipfel von globaler Bedeutung**
   Das hochrangige Treffen wird mit der Erwartung verbunden, dass in Shenzhen neue Impulse für eine stärkere Zusammenarbeit und einen erweiterten wirtschaftlichen Austausch in der Asien-Pazifik-Region ausgesendet werden. China bietet dafür Möglichkeiten und Anschauungsmaterial, sei es in der digitalen Wirtschaft, bei grünen Technologien oder im Bereich der künstlichen Intelligenz. China und die APEC bilden ein Win-win-Szenario, von dem ja so oft gesprochen wird: China ist als eine der führenden Volkswirtschaften wichtig für

die APEC, gleichzeitig ist die APEC von großer Bedeutung für China.
Quelle: German.China.org.cn

dazu auch: **Triumph für Putin, Mini-Genugtuung für Trump: Xi gönnt seinen Gästen beim Dreiergipfel etwas Licht**
Bis zuletzt war vieles unklar an dem historischen Dreiertreffen. Anstatt wie geplant gegen halb acht unserer Zeit, starteten die Unterredungen in Shenzhen mit zwei Stunden Verspätung. Ob es im Anschluss eine gemeinsame Stellungnahme, also ein "Joint Communiqué" geben werde, war nicht bekannt. Moskau versuchte diesbezüglich Optimismus zu versprühen ("Man gehe davon aus"), aber weder Washington noch Peking bestätigten das.
Am Ende war es gar eine "Friedenserklärung": Darin wird einerseits bekräftigt, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann. Außerdem würde man zusammen an einer Reform der Uno arbeiten. Relativ überraschend kam auch der Internationale Strafgerichtshof in der Erklärung vor: Dieser dürfe "seine Zuständigkeit nicht missbrauchen", heißt es.
Quelle: der Standard

und: **Shenzhen entlarvt die schwindende Idee eines Kollektiven Westens**
In Shenzhen akzeptierte Washington eine Dreierkonstellation ohne explizite Hierarchie, sodass die Teilnehmer – obwohl ihre Fähigkeiten in den verschiedenen Bereichen offensichtlich ungleich sind – alle als gleichberechtigt erscheinen und zur Tagesordnung beitragen. Westeuropa fehlt, was bedeutet, dass es in dieser Konstellation keinen kollektiven Westen im herkömmlichen Sinne gibt. Die USA vertreten sich allein. Wir sollten die Bedeutung dieser Entwicklung weder überbewerten noch abtun, da alles noch im Fluss ist, doch es finden tiefgreifende Veränderungen statt, die keinem geradlinigen Verlauf folgen werden.
Die USA sind auf der Suche nach ihrer Identität, und dabei geht es um umfassendere Veränderungen im Land, die über die Person Donald Trump hinausreichen. Westeuropa, das seiner gewohnten Bezugspunkte beraubt ist, stützt sich auf eine Konsolidierung gegenüber Russland, um sich über Wasser zu halten.
Quelle: RT DE

2. **Fast jeder zweite Deutsche will Ukraine-Hilfen kürzen oder ganz einstellen**
   Jeder Vierte fordert laut einer neuen Umfrage sogar einen vollständigen Stopp

der Unterstützung. Andere Erhebungen zeigen, wie gespalten die Bevölkerung bei diesem Thema ist.
Fast die Hälfte der Deutschen möchte die Unterstützung für die Ukraine reduzieren oder vollständig einstellen. Das geht aus einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Welt am Sonntag hervor. Demnach sprechen sich 49 Prozent der Befragten dafür aus, die finanzielle, militärische und humanitäre Hilfe zu kürzen oder ganz zu streichen. Besonders weit geht die Forderung eines Viertels der Befragten: 25 Prozent wollen die Unterstützung vollständig beenden. Weitere 24 Prozent sprechen sich für eine Verringerung aus. Über die Ergebnisse berichtet die Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf die Welt am Sonntag.
Quelle 1: Berliner Zeitung
Quelle 2: Welt Online (Bezahlschranke)

dazu auch: **Johannes Kärchers Wutrede gegen politische Versager: „Wählt sie ab, entzieht ihnen die Macht!“**
Der Unternehmer Johannes Kärcher sagt, Deutschland habe gigantische Schulden aufgenommen, um sie in „Rüstung, Sozialleistungen oder Entwicklungshilfe und massiven Beiträgen zu fremden Kriegen zu versenken“. Das sei in höchstem Maß verwerflich. Die emotionale Rede im Wortlaut.
Quelle: World News Monitor

3. **Russland gegen Sicherheitsgarantien nach NATO-Art für Ukraine**
Russland lehnt Sicherheitsgarantien für die Ukraine nach dem Vorbild der NATO strikt ab. Jede Form einer „Quasi-Mitgliedschaft“ der Ukraine in dem westlichen Militärbündnis sei für Russland völlig unannehmbar, sagte der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow heute russischen Staatsmedien zufolge.
Er reagierte damit auf Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des US-Vermittlers Jared Kushner vom Vortag. Macron hatte nach dem Treffen der Ukraine-Unterstützer in Berlin gesagt, die Frage eines NATO-Beitritts der Ukraine müsse neu aufgerollt werden.
Quelle: ORF.at

Anmerkung Christian Reimann: *Die immer stärkere Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO bzw. NATO-Staaten war der Anlass für den russischen Einmarsch. Nun ausgerechnet eine quasi NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu erwägen oder nach einem Waffenstillstand Truppen von NATO-Staaten in der Ukraine als „Friedenstruppen“ stationieren zu wollen, verdeutlicht, dass*

russische Sicherheitsinteressen bei den NATO-Mitgliedern immer noch zu wenig berücksichtigt werden. Das ist eine Folge des jahrelangen diplomatischen Versagens seitens der USA und ihrer europäiscchen NATO-Verbündeten.

4. **Einladung nach Moskau: Merz pfeift Pistorius zurück**
Einig und geschlossen werde man bei Verhandlungen mit Russland auftreten, haben die Europäer beim Gipfel der “Koalition der Willigen” in Berlin gelobt. Dabei ist nicht einmal die Bundesregierung einig und geschlossen. Kanzler Merz pfiff nun Wehrminister Pistorius zurück, nachdem sich der SPD-Mann dafür ausgesprochen hatte, eine Einladung von Kremlchef Putin nach Moskau anzunehmen. Während einer Polen-Reise hatte Pistorius in Warschau gesagt, “eine Einladung nach Moskau auszuschlagen, wäre das völlig falsche Signal”. Dies schien Äußerungen des Kanzlers beim Berlin-Gipfel zu widersprechen – und brachte die Bundesregierung in Berlin in Erklärungsnöte. Also mußte sich Pistorius korrigieren: “Dass Moskau nicht der Ort der Wahl ist, spricht für sich selbst”, erklärte er nun. Pistorius betonte zudem, es spreche “wenig bis gar nichts für eine wirkliche Verhandlungsbereitschaft” von Putin. – In Wahrheit spricht wenig bis gar nichts für eine echte Verhandlungsbereitschaft von Merz und den EUropäern, wie dieser peinliche Vorfall erneut zeigt...
Quelle: Lost in EUrope

dazu auch: **Nach dem Gipfel: Etwas neue Töne auch aus Deutschland**
Die Großmächte sprechen miteinander. Also bequemen sich auch die Kleinen, über Diplomatie nachzudenken. Das ist gut so.
Quelle: Hans Joachim Funke auf World News Monitor

und: **Pistorius entschuldigt sich für Äußerung "quite stupid thing"**
Am vergangenen Dienstag hatten sich in Brüssel die Verteidigungsminister der Länder getroffen, die die Ukraine in ihrer Kriegsführung unterstützen. Für die Vereinigten Staaten war Verteidigungsstaatssekretär Elbridge Colby zugegen. Dessen Kritik an ukrainischen Luftschlägen tief im russischen Hinterland hatte Boris Pistorius als "quite stupid thing" (also: "ziemlich dumm") abgekanzelt. Eine Replik während der gemeinsamen Pressekonferenz, die für einiges Aufsehen sorgte.
Nun machte Boris Pistorius einen Rückzieher, zumindest was Tonfall und Wortwahl betrifft. Nicht jedoch in der Sache an sich. Gegenüber dem Nachrichtenportal Politico erklärte der deutsche Verteidigungsminister in einem Telefoninterview, er habe bereits am Mittwochabend mit Colby

telefoniert und sich für seine Äußerung entschuldigt. Colby ist der ranghöchste politische Beamte im Pentagon.
Quelle: RT DE

5. **Washington zieht sich zurück, Brüssel rüstet auf: Warum der Griff nach der Weltmachtrolle ein fataler Irrweg ist. Interview mit Andrea Komlosy. Teil 1**
   Es hat den Anschein, als würden sich die USA von ihrem Anspruch auf globale Kontrolle zurückziehen und sich auf ihre eigene Hemisphäre konzentrieren. Doch statt auf Entspannung zu setzen, versuchen Deutschland und die EU, in dieses Vakuum zu springen – und treiben den Kontinent in eine gefährliche Militarisierung. Anlässlich ihres neuen Buches „Globalisierung im Übergang“ spricht die österreichische Historikerin und Weltsystemanalytikerin Andrea Komlosy im großen Hintergrundgespräch mit Éva Péli über den Niedergang der US-Hegemonie, die deutsche Strukturkrise und die Mechanismen neuer Blockkonflikte.
   Quelle: Globalbridge
6. **Die Botschaft hört das Kapital wohl**
   Bundeskanzler Friedrich Merz hat die deutschen Unternehmen aufgefordert, sich mit Investitionen in der Ukraine zu engagieren. Einen Tag nachdem die »Koalition der Willigen« neue Milliardenhilfen für Kiew beschlossen hatte, erinnerte er die »unternehmende Klasse« am Freitag bei einem deutsch-ukrainischen Wirtschaftsforum in Berlin daran, dass dies doch alles zu ihrem Besten geschehe.
   »Was wir jetzt in der Ukraine investieren, werden wir als Dividende in Form von Stabilität, Exportmöglichkeiten, gemeinsamen Projekten und Wachstum mehrfach zurückerhalten«, sagte der Kanzler vor 500 Teilnehmern im Haus der Deutschen Wirtschaft, darunter die Wirtschaftsminister beider Staaten und der ukrainische Ministerpräsident Sergij Korezkij. Der versprach, »dass ein bedeutender Teil von Deutschlands fortdauernder finanzieller Unterstützung für die Ukraine sich in Aufträge für deutsche Firmen verwandelt«.
   Allerdings stoßen derlei Aufforderungen, Investitionen in die Ukraine nicht allein dem Staat zu überlassen, bei den »Entscheidern« hierzulande auf relativ taube Ohren.
   Quelle: junge Welt
7. **Für Russland gegen die deutsche Wehrpflicht**
   Der „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ ist Teil der Gen-Z-Proteste. Er gibt an, eine selbst organisierte Schülerbewegung zu sein. CORRECTIV-Recherchen zeigen,

dass über die Kampagne Vertreter russischer Interessen gegen die Wehrpflicht in Deutschland mobil machen.
Quelle: Correctiv

Anmerkung unseres Lesers H.J.: *Mich hat an dem Correctiv-Artikel zum Schulstreik gegen die Wehrpflicht vor allem gestört, wie selbstverständlich er davon ausgeht, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Haltung nicht selbst entwickelt, sondern von außen übernommen haben. Statt zu fragen, warum über 40.000 junge Menschen auf die Straße gehen, denen die Musterung unmittelbar bevorsteht, wird nach Verbindungen nach Moskau gesucht, obwohl keine Geldflüsse bekannt sind. Selbst wenn sich die Ziele der Proteste mit russischen Interessen überschneiden sollten, sagt das für mich nichts darüber aus, ob die Argumente gegen die Wehrpflicht richtig oder falsch sind. Ich finde es außerdem auffällig, dass in dem Text nur Russland und die DKP Interessen verfolgen, während die Interessen hinter der Aufrüstung gar nicht erst zur Sprache kommen. Auf diese Weise wird ein Protest delegitimiert, ohne dass man sich ernsthaft mit ihm auseinandersetzt, und die Frage, wozu die Wehrpflicht eigentlich dienen soll, gerät dabei völlig aus dem Blick.*

dazu: **Grünen-Chef Banaszak bei Gen-Z-Demo wütend beschimpft**
Felix Banaszak wollte bei einer Gen-Z-Demonstration in Berlin seine Solidarität zeigen. Doch statt Zustimmung schlugen dem Grünen-Chef wüste Beschimpfungen entgegen.
Grünen-Chef Felix Banaszak ist bei einer Demonstration der Initiative „Gen Z regelt“ in Berlin heftig beschimpft worden. Der Politiker wollte sich am Freitag mit den Teilnehmern solidarisieren, stieß jedoch auf massive Ablehnung. Vermummte Demonstranten riefen ihm unter anderem „Verpiss dich“ und „Geh doch an die Ostfront“ entgegen, wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) berichtet. Schließlich verließ Banaszak mit seinen Begleitern die Versammlung.
Die Wut der Demonstranten richtete sich dabei auch gegen die Grünen insgesamt. Laut RND skandierten Teilnehmer: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Wer war mit dabei? Die grüne Partei!“ Auch „Viva Palästina“-Rufe waren zu hören. Ein Gespräch mit Banaszak kam demnach nicht zustande, weil niemand aus der Gruppe bereit war, mit dem Grünen-Chef zu sprechen.
Quelle: Welt Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Sehr erfreulich. Offenbar lässt sich die*

"Gen Z"-Jugend – im Gegensatz zu den Älteren – nicht von der vorgeblichen Solidarität der angeblich linken Grünen veralbern.

dazu auch: **Europas Jugend protestiert gegen Krieg und Aufrüstung**
In mehr als 20 europäischen Ländern haben am Freitag Schüler, Studenten und junge Arbeitnehmer gegen Krieg, Aufrüstung und Sozialkürzungen demonstriert. Erstmals schlossen sich die unterschiedlichen Jugendproteste zu einem gemeinsamen europaweiten Aktionstag zusammen. Während bislang vor allem die Lebenshaltungskosten und die Zustände an Schulen, niedrige Löhne und soziale Kürzungen oder die Wehrpflicht im Mittelpunkt standen, verbindet die Bewegungen nun der Widerstand gegen die steigenden Militärausgaben. Unter dem Motto „Kämpft für unsere Zukunft, nicht für ihre Kriege“ protestieren sie dagegen, dass die europäischen Regierungen Milliarden für Waffen bereitstellen, während nach ihrer Ansicht das Geld für Bildung, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherheit fehlt.
Quelle: World News Monitor

Anmerkung Christian Reimann: *Das ist gut so. Den Initiatoren ist ein „langer Atem“ zu wünschen, denn mit einem kurzfristigen Entgegenkommen insbesondere seitens der deutschen Bundesregierung ist nicht zu rechnen.*

dazu auch: **Die fragwürdige Rolle der "Generation Z regelt" bei den Jugendprotesten**
Vor einem Jahr begannen Schüler mit dezentralen Schulstreiks gegen die Wehrpflicht. Die Schülerkomitees erhofften sich Verstärkung aus anderen gesellschaftlichen Gruppen. Stattdessen wurde kürzlich eine zweite Bewegung namens "Gen Z regelt" gegründet. Felicitas Rabe fragt sich, wozu?
Für den 20. November hatte die Schülerbewegung "Schulstreik gegen die Wehrpflicht" europaweite Schulstreiks angekündigt. Anlässlich des vor einem Jahr vom Bundestag beschlossenen neuen Wehrdienstgesetzes hatten sich Schülervertretungen zunächst nur in Deutschland koordiniert und gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht protestiert. Am Freitag beteiligten sich trotz massiver Repression gegen die Schülerstreik-Komitees in Deutschland erneut rund 50.000 Menschen am 5. bundesweiten Schulstreik.
Quelle: RT DE

8. **Großstreik gegen Regierung in Italien**
   Mit Demonstrationen in rund 100 Städten und Gemeinden haben heute Beschäftigte, Studierende und Pensionistinnen und Pensionisten in Italien

gegen die Wirtschafts- und Budgetpolitik der Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni protestiert. Sie folgten einem Aufruf der stärksten italienische Gewerkschaft CGIL, die zu einem 24-stündigen Generalstreik aufgerufen hatte.
Quelle: ORF.at

9. **Annäherung von Briten und EU: Zwist bei Gebühren fürs Studieren, einig beim Käse**
   Großbritannien und die EU – sie wollen sich wieder annähern. Von einem „Breturn“ kann noch keine Rede sein, Premier Burnham gibt die Hoffnung nicht auf.
   Es ist eine Wiederannäherung mit Hindernissen: Großbritannien und die EU haben sich bei ihrem zweiten Gipfeltreffen seit dem Brexit auf den Abbau von Handelshemmnissen und Reisebeschränkungen geeinigt – allerdings unter Bedingungen. Es gebe noch einige offene Fragen, hieß es nach dem rund dreistündigen Treffen in Brüssel.
   Vor allem die britischen Studiengebühren sorgen für Ärger. Die EU fordert, dass europäische Studenten nicht mehr zahlen sollen als Briten. Ohne Gleichbehandlung gebe es keinen Deal, hieß es am Rande des Gipfels. Der britische Premier Andy Burnham spielte den Streit herunter. Doch er fand keine Lösung, die Verhandlungen gehen weiter.
   Quelle 1: Eric Bonse in der taz
   Quelle 2: ORF.at

   Anmerkung Christian Reimann: *Soso, die jungen Briten sollen in die EU reisen und sich weiterbilden können. Aber wenn sie eine Arbeitserlaubnis erhalten sollten, würde die Situation am Arbeitsmarkt in Deutschland und EU-weit noch weiter unter Druck geraten. Aber vielleicht ist das ja sogar gewollt. Denn wenn Großbritannien ebenso wie die Ukraine wie gewünscht (wieder) Mitglieder der EU werden, dürften junge Menschen für einen befürchteten Krieg gegen Russland benötigt werden – falls Russland nicht vorzeitig für eine militärische Entscheidung in der Ukraine sorgen sollte.*

10. **Klimakonferenz in Antalya gescheitert: Was sollen diese Events?**
    Die UN-Klimakonferenz ist krachend gescheitert. Trotzdem wollen alle Beteiligten weitermachen und planen nun im kommenden Jahr einen neuen Anlauf. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit stellt sich keiner.
    Die UN-Klimakonferenz COP31 im türkischen Antalya ist am Sonntag ohne gemeinsame politische Abschlusserklärung zu Ende gegangen. Nach zwei

Wochen Verhandlungen und rund 50 Stunden Verlängerung scheiterte der sogenannte Antalya-Pakt am Widerspruch der EU, Großbritanniens, Panamas und mehrerer besonders vom Klimawandel bedrohter Staaten. Der Entwurf enthielt kein ausdrückliches Bekenntnis zum Abschied von Kohle, Öl und Gas. Mehr als 130 Staaten hatten eine entsprechende Festlegung verlangt. Konferenzpräsident Murat Kurum räumte schließlich ein, dass kein Konsens bestehe. Die beiden übergeordneten Beschlüsse seien deshalb nicht angenommen worden.
Quelle: World News Monitor

11. **Annalena Baerbock wird Beraterin bei FGS Global – die Firma macht Lobbyarbeit für Panzerbauer KNDS**
Beide Seiten haben den Wechsel bestätigt. Im Lobbyregister stehen auch Bayer, BioNTech und der ADAC. Ob die Ex-Ministerin selbst lobbyiert, ist offen.
Von der Außenministerin zur Beraterin einer Lobbyfirma mit Verbindungen zur Rüstungsindustrie: Annalena Baerbock (45) hat bei FGS Global angeheuert. Sie ist dort ab sofort Senior Advisor. Zuerst berichtet hat darüber heute das Handelsblatt.
Das Unternehmen und Baerbocks Seite haben den Wechsel bestätigt. Ob sie selbst für Auftraggeber bei Politikern wirbt, ist damit nicht gesagt. Dazu gibt es bislang keine Angaben.
Quelle 1: Berliner Zeitung
Quelle 2: Handelsblatt (Bezahlschranke)

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Gratulation: Da kommt zusammen, was zusammen passt!*

Anmerkung Christian Reimann: *Mit der Anwesenheit von Frau Baerbock werden das vermutlich heitere Beratungsgespräche.*

12. **Institut für Weltwirtschaft in Kiel – oder wie man die Welt auf den Kopf stellt**
Ein Leser hat sich an der Einseitigkeit der Berichterstattung über Staatsschulden durch den Deutschlandfunk gestört, insbesondere an zwei Interviews mit Achim Truger vom Sachverständigenrat und Jens Boysen-Hogrefe vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Er hat an den Deutschlandfunk geschrieben und diesen Brief an Herrn Boysen-Hogrefe kopiert. Boysen-Hogrefe, mit dem ich im vergangenen Mai in Kiel diskutiert hatte, hat darauf spontan reagiert und eine Mail geschickt, aus der ich zitiere (deren Verwendung er zugestimmt hat):

Quelle: Relevante Ökonomik

13. **Konsequent inkonsequent**
Der DGB hat parallel zur Alterssicherungskommission der Bundesregierung eine eigene Rentenkommission arbeiten lassen. Die Anzahl der beteiligten Wissenschaftler war doppelt so groß, und es waren – im Gegensatz zur Regierungskommission – überwiegend Sozialwissenschaftler sowie Vertreter von sozialen Interessenverbänden und Gewerkschaften beteiligt. Das waren eigentlich gute Voraussetzungen für die Erarbeitung einer echten Alternative zur Regierungskommission.
Um es vorwegzunehmen: Die Ergebnisse, die letztlich vom DGB propagiert wurden, sind nicht nur enttäuschend, sondern gehen zu einem großen Teil auch in die falsche Richtung. Die Empfehlungen der DGB-Kommission wurden Ende Oktober in einer 117-seitigen Dokumentation veröffentlicht.
Quelle: Reiner Heyse auf unsere zeit

Anmerkung Christian Reimann: *Interessant dazu ist der Beitrag Das Rentengutachten: Gesamtkunstwerk oder Sargnagel für die Gesetzliche Rente?*

dazu auch: **Streit um Provisionen gefährdet Start des Altersvorsorgedepots**
Ein Streit um Provisionen könnte den pünktlichen Start des staatlich geförderten Altersvorsorgedepots gefährden. Worum es dabei geht.
Am 1. Januar 2027 startet das Altersvorsorgedepot (AVD). Es soll günstiger und renditestärker sein als ein Riester-Vertrag und bietet höhere staatliche Zuschüsse. Viele Riester-Sparer dürften ihren Finanzberater fragen, ob sich ein Wechsel von Riester auf das Standardprodukt des Altersvorsorgedepots mit zwei Fonds oder ETFs oder auf ein individuelleres Altersvorsorgedepot für sie lohnen könnte. Aber an einer Passage in einem Gesetzestext entzündet sich jetzt ein Streit, der darüber entscheiden könnte, wie ehrlich diese Beratung ausfällt.
Quelle: WirtschaftsWoche

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Wenig überraschend geht es beim "Altersvorsorgedepot" nicht um Altersvorsorge, sondern darum, im Mantel eines Rentenprodukts den Banken (und Versicherungen) eine weitere Einnahmequelle in Form von Gebühren zuzuschieben, die von den Kunden und vom Staat (also im Prinzip auch den Kunden, hier als Steuerzahler) bezahlt werden – und zwar möglichst hohe Gebühren. Schon die genannten maximalen 1 Prozent "Abschluss- und Vertriebskosten“ sind indiskutabel, weil sie die*

Rendite für die Kunden drastisch senken – vorausgesetzt, man hält die Rente aus dem Spielcasino Börse überhaupt für sinnvoll. Wenn dann noch mal pauschal 0,5 bis 0,8 Prozent Gebühren für "Beratungsleistungen" hinzukommen, Bei einer Bruttorendite von z.B. 4 Prozent auf das Anlagekapital und 2 Prozent Inflation bleiben also nur 0,2 bis 0,5 Prozent Rendite für den Kunden übrig, und das bei einem langen Anlagehorizont von 30 oder 40 Jahren und einem hohen Risiko bis zum Totalverlust. Selbst die 6 Prozent Rendite, von denen öfter die Rede ist (die niemand vorhersehen oder gar garantieren kann), schrumpfen dann auf 2,3 Prozent real für den Kunden. Umgekehrt profitieren beim Status quo weiterhin die Versicherer von Riesterverträgen mit ihren exorbitanten Gebühren – Win-win für die Finanzbranche, Lose-lose für die Kunden, wenn sie sich zum x-ten Mal mit vom Staat (= dem Steuerzahler, also den Kunden selbst) "geschenkten" Geld in die private Altersvorsorge treiben lassen.

14. **Wie Armut in Deutschland krank macht**
Dass Familien sich weniger leisten können, kann sogar krank machen. Kinder aus einkommensschwachen Familien haben beispielsweise ein mehr als doppelt so hohes Risiko, eine psychische Auffälligkeit zu entwickeln. Bei Adipositas, also starkem Übergewicht, ist das Risiko sogar dreimal so hoch – zu diesem Ergebnis kommen Langzeitstudien des Robert Koch-Instituts. Gesundheitssoziologe Nico Dragano, der an der Uniklinik Düsseldorf forscht, spricht von einem strukturellen Zusammenhang, nicht "von ein paar Familien, die ein Problem haben". Er erklärt das anhand eines Beispiels: Atemwegsgesundheit. "Wir wissen, dass Armut das Risiko erhöht, dass Sie in einer kleinen Wohnung wohnen, dass Sie in einer qualitativ schlechten Wohnung wohnen." Feuchtigkeit und Schimmel könnten da zum Problem werden. Arme Familien hätten in einem harten Winter nicht das Geld, durchgängig zu heizen. All das seien Risikofaktoren für die Gesundheit von Kindern.
Quelle: tagesschau

dazu: **Millionen Haushalte müssen mit Preiserhöhungen für Strom und Gas rechnen**
Grund für die Preiserhöhungen sind Verivox zufolge die gestiegenen Großhandelspreise. "Die seit Beginn des Iran-Kriegs im März 2026 stark gestiegenen Großhandelspreise für Gas und Strom wirken sich erst jetzt auf die Preise für Verbraucherinnen und Verbraucher aus", sagt Verivox-

Energieexperte Thorsten Storck. Anders als bei Spritpreisen reagierten die Preise für Gas und Strom verzögert auf höhere Einkaufspreise. Ein weiterer Kostenfaktor seien die Stromnetzentgelte, die sich trotz milliardenschwerer staatlicher Zuschüsse zum Jahreswechsel bundesweit um durchschnittlich knapp zwei Prozent erhöhten. Auch die Gasnetzentgelte steigen demnach zum Jahreswechsel. Die gestiegenen Großhandelspreise spielen jedoch auch hier die größte Rolle: "Seit dem Wegfall der russischen Gaslieferungen per Pipeline ist Deutschland stärker auf die Lieferung von verflüssigtem Erdgas angewiesen. Der Krieg im Iran hat die Preise dafür weltweit steigen lassen. Das wirkt sich nun auf die Heizkosten aller Haushalte aus, die mit Erdgas heizen", sagt Storck. Seit Jahresbeginn haben sich die Großhandelspreise für Gas demnach nahezu verdreifacht.
Quelle: n-tv

15. **DGB Index Gute Arbeit Klimawandel am Arbeitsplatz: Viele Beschäftigte fühlen sich nicht ausreichend geschützt**
Jede*r Dritte fühlt sich durch Hitze bei der Arbeit stark belastet – und die Hälfte der Beschäftigten im Freien wird nicht über UV-Gefahren informiert.
Hitze, UV-Strahlung und Extremwetter prägen zunehmend den Arbeitsalltag. Das zeigt der DGB-Index Gute Arbeit 2026, dessen Schwerpunkt in diesem Jahr die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeit war. Für die repräsentative Befragung wurden von Januar bis Mai 2026 rund 4.000 zufällig ausgewählte Arbeitnehmer*innen interviewt. Das Ergebnis: Der Schutz der Beschäftigten vor den Folgen des Klimawandels ist vielerorts unzureichend.
Quelle: DGB
16. **Gegen Russland und die AfD: Arbeitspapier bringt Lehrer und Schüler in Frontstellung**
Von behördlicher und pädagogischer Seite zeigt sich zunehmend die Tendenz, den Beutelsbacher Konsens neu zu definieren und Schulen zur aktiven Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten zu verpflichten. Als Beispiel kann der sogenannte Siegburger Konsens gelten, der im Rahmen eines städtischen Fortbildungsforums in der gleichnamigen nordrhein-westfälischen Kreisstadt entstand. Das Modell wurde mittlerweile von zahlreichen Schulen, etwa in Schleswig-Holstein, übernommen.
Im Text wird vor "falscher Neutralität" gewarnt. Gegenüber "verfassungsfeindlichen Positionen" dürfe es nach dem Prinzip der "wehrhaften Demokratie" auch in der Schule keine Neutralität geben. Schüler sollten zwar "ihre eigenen Werte vertreten dürfen". Wenn diese Werte aber im Widerspruch

zum Grundgesetz oder den Menschenrechten stünden, dann dürfe diesen kein Raum gegeben werden, sondern sei direkter und unmissverständlicher Widerspruch angesagt.
Wohlfeile Gemeinplätze, gegen die grundsätzlich niemand etwas einzuwenden haben dürfte. Das Problem liegt hauptsächlich in deren Verwirklichung.
Quelle: RT DE

dazu auch: **Europäischer Statistikwettbewerb 2026/27: Deutschlands Schüler werden kriegstüchtig gemacht**
Beim Europäischen Statistikwettbewerb stellt Deutschland dieses Jahr mit Kontrollfragen zur „Nachrichtenkompetenz“ sicher, dass nur ideologisch gefestigte Schüler die Endrunde erreichen und sich für eine Karriere als Statistiker empfehlen können. Nebenher werden alle Teilnehmer des Wettbewerbs auf resiliente Obrigkeitsgläubigkeit trainiert.
Quelle: Norbert Häring

17. **Die Rückkehr der Geheimpolizei**
Der Bundestag erlaubt den deutschen Geheimdiensten weitreichende Befugnisse, die das Zeug haben, der Anfang vom Ende der Bundesrepublik zu sein – auch wenn die Befürworter der Geheimdienstreform das Gegenteil glauben.
Den 13. November 2026 wird man sich merken müssen. Er ist wohl ein Tag für die Geschichtsbücher. Denn an jenem Freitag gewährte der Bundestag dem Land wieder eine Geheimpolizei. Eine Reform der Geheimdienste spricht den ausführenden Organen nun Kompetenzen zu, die sie vormals nicht hatten – ja, die sie aus geschichtlichen Motiven heraus nicht haben sollten. Nie wieder ist jetzt? Nicht im Falle deutscher Geheimdienstpolizei. Sie dürfen jetzt in einer Art und Weise vorgehen, die einer anderen Geheimpolizei, jener aus dem dunkelsten Abschnitt deutscher Historie, schon recht nahekommt.
Gerechtfertigt wird die neue Linie mit der hybriden Kriegsführung.
Quelle: Roberto De Lapuente im Overton Magazin
18. **EU-Datenschutzbehörde warnt vor Alterskontrollen**
Nicht erforderlich, nicht ausgereift: Der Europäische Datenschutzbeauftragte kritisiert die von der EU-Kommission geplanten Alterskontrollen im Netz. Das sind die zehn wichtigsten Kritikpunkte.
Die mit dem EU Kids Act geplanten Alterskontrollen für alle gehen dem Europäischen Datenschutzbeauftragten, Wojciech Wiewiórowski, zu weit. Zwar unterstütze er nachdrücklich den Ansatz, junge Menschen im Netz mit einer

EU-weiten Regulierung zu schützen. Dennoch empfiehlt er, den Kids Act an mehreren Stellen zu ändern: weniger Altersschranken, mehr sichere Funktionen für alle.
Das und mehr geht aus der 27-seitigen Stellungnahme vom 12. November hervor. Der Datenschutzbeauftragte (EDSB) ist eine unabhängige Aufsichtsbehörde; die Empfehlungen basieren unter anderem auf der Grundrechtecharta der EU.
Als Nächstes verhandeln EU-Parlament und Ministerrat über ihre Position zum Kids Act. Für die Debatte um Alterskontrollen lässt sich die Stellungnahme des EDSB auf zehn Kritikpunkte herunterdampfen. Die Übersicht.
Quelle: netzpolitik.org